

Wie löst Europa die Herausforderung

In den letzten Jahrzehnten bewegten sich auf unserem Kontinent die politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen hin zu einem gemeinsamen Europa. Der politische Konsens zwischen den europäischen Nationalstaaten war dabei ein entscheidender Grundpfeiler. Hierfür erhielt die Europäische Union 2012 sogar den Friedensnobelpreis. Die größte Errungenschaft der EU sei ihr erfolgreicher Kampf für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte, so die Begründung des Nobelpreis-Komitees. Genau dieses Europa als friedlicher, rechtssicherer, demokratischer und wohlhabender Kontinent ist das Ziel vieler Flüchtlinge und Migranten. Spätestens seit 2015 stellte die große Anzahl an geflüchteten Menschen, die nach Europa kamen, eine **enorme politische und gesellschaftliche Herausforderung** dar. Die politischen Akteure Europas begannen um den „richtigen“ Weg zu streiten, mit dem diese Herausforderung gemeistert werden kann. Dabei wurde die Diskussion vor allem durch die Kernfrage bestimmt, ob es eine **nationalstaatliche oder eine gemeinschaftlich-europäische Lösung** geben muss.

Viktor Orbán, der ungarische Regierungschef, stellte in zahlreichen Zeitungsinterviews klar, dass er nicht bereit sei, Flüchtlinge in seinem Land aufzunehmen. Diese brächten nur Verbrechen sowie Terror mit und würden aufgrund des muslimischen Glaubens nicht in das christlich geprägte Europa passen. Um die „Völkerwanderung“ zu stoppen sowie das Dublin-Verfahren umzusetzen, errichtete Ungarn als erstes europäisches Land einen Grenzzaun auf der Balkanroute. Die ungarische Regierung verschärfte in kürzester Zeit die Asylgesetze im eigenen Land. Seitdem können geflüchtete Menschen, die die ungarische Grenze illegal übertreten, eingesperrt werden. Zuspruch für diese Politik gab es insbesondere aus den osteuropäischen EU-Ländern, die ebenfalls nicht bereit waren, Flüchtlinge aufzunehmen.



Angela Merkels politische Vision war stets die einer europäischen Lösung. Ihr Ausspruch „Wir schaffen das“ im Jahr 2015 verstärkte nochmals das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland. Gleichzeitig machte sie in ihren öffentlichen Auftritten immer wieder deutlich, dass sie eine nationalstaatliche Lösung für ein so globales Problem wie die aktuelle Migrationsbewegung als nicht geeignet und daher nicht Erfolg versprechend ansehe. Die europäische Errungenschaft der offenen Grenzen dürfe nicht infrage gestellt werden. Die Kanzlerin argumentierte insbesondere für die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern. So gelang es ihr zu Beginn des Jahres 2016 eine erneute Geberkonferenz zu initiieren, auf der mehrere Milliarden Euro für die syrischen Kriegsflüchtlinge „eingesammelt“ wurden. Des Weiteren war sie die treibende Kraft für ein Abkommen zwischen der EU und der Türkei, das den illegalen Menschenschmuggel in der Ägäis beenden sollte. Sowohl innen- als auch außenpolitisch gab es jedoch großen Widerstand gegen diese Politik Angela Merkels.



Martin Schulz, EU-Parlamentspräsident, zeigte sich in seinen Fernsehauftritten erschüttert über die mangelnde Solidarität und das fehlende Engagement für eine europäische Lösung. Er warnte eindringlich davor, dass Europa scheitern wird, wenn es nur nationalstaatliche Maßnahmen gibt, die nicht die Interessen und Ziele aller europäischen Länder vertreten. Politische Entscheidungen, die zulasten der Nachbarstaaten getroffen werden, halte er für unakzeptabel und nicht europäisch. Er stritt für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa – so würde kein Land überfordert und die Idee Europas und deren Werte würden weltweit als Vorbild fungieren.

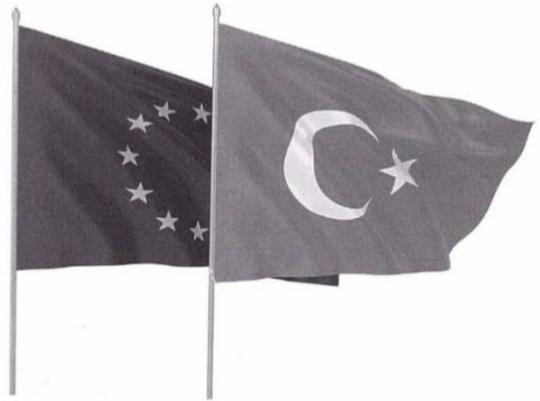


Das EU-Türkei-Abkommen

In diesem Abkommen wird geregelt, dass die Türkei als Menschen wieder zurücknimmt, die ab dem 20. März 2016 illegal nach Griechenland kommen und dort kein Asyl beantragen bzw. deren Asylantrag unbegründet oder unzulässig ist. Die jeweilige Überprüfung führen Beamte aus verschiedenen europäischen Ländern direkt an den griechischen Inseln, wie z. B. Lesbos, durch. Befindlich unter den illegal Eingereisten syrische Kriegsflüchtlinge, werden diese ebenfalls in die Türkei zurückgeschickt. Dafür darf in einem 1:1-Verfahren ein syrischer Kriegsflüchtling legal aus einem türkischen Flüchtlingslager in die EU einreisen. Diese Regelung gilt jedoch zunächst beschränkt nur für 72000 „Fälle“.

Das Ziel dieses Abkommens besteht darin, den illegalen Menschenhandel von Schleusern so unattraktiv zu machen, dass er nicht mehr stattfindet.

Für die Türkei bedeutet das Abkommen neben einer erheblichen finanziellen Zuwendung, die von der EU für die Versorgung und Integration der 2,5 Millionen Flüchtlinge in der Türkei zur Verfügung gestellt wird, auch politische Zugeständnisse. So hat sich die EU bereiterklärt zu prüfen, ob es Visaerleichterungen für die türkischen Menschen geben soll, sodass deren Reisefreiheit erhöht wird. Des Weiteren sollten mit Inkrafttreten des Abkommens auch wieder ernsthafte EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden.



Aufgabe: (schriftlich auf ein Blockblatt)

1. Lies den Text aufmerksam durch.
2. (G/M/E) Gib die drei hier vorgestellten politischen Lösungsansätze in deinen eigenen Worten wieder.
Was möchte:
 - a) Angela Merkels
 - b) Viktor Orbans
 - c) Martin Schulz
3. (M/E) Überlege, weshalb eine nationalstaatliche Lösung nicht erfolgreich sein kann. Weshalb ist es aber ebenso schwierig eine europäische Lösung zu finden.?